

Redebeitrag des AK Soziale Kämpfe der Basisdemokratischen Linken (BL) Göttingen, organisiert in der Interventionistischen Linken (IL), anlässlich des Aktionstags Mietenstopp am 19.06.2021.

Liebe Mitstreiter*innen,

die Mieten steigen weiter und weiter. Vielen Menschen wird ein immer größerer Teil ihres Einkommens über die Miete wieder abgeknöpft – nur dafür, dass sie ein Dach über dem Kopf haben.

Deshalb stehen wir heute hier u.a. für einen bundesweiten Mietenstopp!

Wir finden es wichtig, mit den Betroffenen des Mietenwahnsinns gemeinsam gegen dessen konkrete Auswüchse zu kämpfen. Auch um gemeinsam zu lernen, dass und wie es sich lohnen kann, sich zusammenzutun und nach oben zu treten, anstatt vereinzelt zu versuchen, den Kopf aus der Schlinge zu kriegen.

Die vielen Mieter*innen-Initiativen die heute hier sind und mit denen wir uns im Bündnis „Gutes Wohnen für Alle“ organisieren, machen uns Mut. Gleichzeitig müssen wir aber auch über gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge sprechen und Druck ausüben, um die Grundlage der Misere zu beseitigen.

Spätestens seit der Finanzkrise parken die Kapitalist*innen aller Welt ihre Kohle besonders gern im sogenannten „Betongold“. Weil Wohnen alternativlos ist, bieten Immobilien sichere Renditen auf Top-Niveau wie kein anderer Bereich. Mit der Übernahme von *Deutsche Wohnen* durch *Vonovia* wird der größte Immobilienkonzern Europas entstehen, der mit jährlich steigende Dividenden für Aktionär*innen Millionen ausschüttet. Mit der Miete wird also massig Geld verdient, während Millionen von Menschen sich fragen, wie sie die nächste Mieterhöhung bezahlen sollen.

Der Staat hat zu dieser Situation massiv beigetragen – zum Beispiel durch den massenhaften Verkauf ehemals öffentlicher Wohnungsbestände an private Wohnungskonzerne oder deren steuerliche Begünstigung. Diese politischen Entscheidungen waren vom ideologischen Glauben getrieben, dass die Profitinteressen der Konzerne zur bestmöglichen Wohnraumversorgung führen würden. Aber auch in Göttingen können wir zahlreiche Belege dafür finden, dass diese Vorstellung wenig mit der Realität zu tun hat. Ob *Vonovia*, *Adler* oder *Coreo*: Wer bei einem der Immobilienriesen mietet, wird eine Geschichte über dreiste Abzock-Methoden zu erzählen haben. Profitsteigerung gelingt nunmal am besten mit maßlosen Mietsteigerungen und dem Bau von hochpreisigen Luxuswohnungen. Doch die politisch Verantwortlichen weigern sich nachhaltig, diesen Zusammenhang zu verstehen, und unsere Stadt wird weiter fröhlich an börsennotierte Unternehmen verkauft. Das von der Stadt Göttingen initiierte „Bündnis für bezahlbaren

Wohnraum“ beispielsweise ist im Kern ein Hinterzimmer, in dem Wohnungskonzerne ihre Wünsche bezüglich steuerlicher und bürokratischer Bevorzugung äußern können.

Aber welche Alternative haben wir nun anzubieten? Irgendjemand muss ja nun mal Wohnungen zur Verfügung stellen. Um die Kehrtwende in der Wohnungspolitik einzuleiten, schlagen wir einen strategischen Dreischritt vor:

Erstens: Sand ins Getriebe der Immobilienwirtschaft. Anstatt ihr Geschäft so einfach wie möglich zu machen, müssen wir Göttingen für Großinvestor*innen unattraktiv machen, um den Druck auf dem Wohnungsmarkt zu reduzieren. Hierfür muss die Stadt alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen. Dazu gehört beispielsweise der Einsatz von **Milieuschutz-Satzungen**, mit denen die Stadt ihr Mitspracherecht bei der Entwicklung eines Viertels deutlich ausweiten kann. Sie kann ein **städtisches Vorkaufsrecht** zum Einsatz bringen, wenn Investor*innen eine Immobilie nicht im Sinne einer *Stadt für Alle* nutzen wollen. Auch das bisherige stumpfe Abnicken von **Bauvorhaben** muss ein Ende haben. So hätten übrigens auch die unnötigen Mieterhöhungen in 500 Wohnungen hier in Grone-Süd durch die Adler-Real-Estate verhindert werden können. Und nicht zuletzt ist da der Einsatz für einen effektiven **bundesweiten Mietendeckel** bzw. einem Mietenstopp.

Der zweite Schritt ist die massive Ausweitung des öffentlichen Eigentums an Wohnraum, beispielweise über die Göttinger Wohnungsbaugesellschaft. Neben der Nutzung des **Vorkaufsrechts** ist hierfür die **Enteignung** großer Wohnungsunternehmen nach Artikel 15 Grundgesetz ein geeignetes Mittel. Wenn ein großer Teil der Immobilien in öffentlicher Verwaltung ist, dann werden die dort bestehenden, geringeren Mietpreise zum Maß der Dinge, mit dem auch private Anbieter konkurrieren müssen.

Der dritte Schritt ist die Demokratisierung der Wohnungsbestände. Ob es die Göttinger Wohnungsbau oder eine andere Einrichtung ist, die die Wohnungsbestände erwirbt – diese Einrichtung sollte in eine *Gesellschaft öffentlichen Rechts* umgewandelt werden, die maßgeblich durch die Mieter*innen verwaltet wird. So kann abgesichert werden, dass mögliche Überschüsse ausschließlich für die Ausweitung der Bestände oder energetische Modernisierung eingesetzt werden, anstatt wie heute zur Aufbesserung des Städtischen Haushaltes.

Bis Göttingen eine lebenswerte Stadt für alle ist, ist noch einiges zu tun. Doch wir lassen uns nicht länger mit leeren Versprechungen abspeisen. **Machen wir uns gemeinsam stark für eine Abkehr von der Profit-getriebenen Wohnungspolitik. Lasst uns den Spieß umdrehen, und den Immobilienriesen den Kampf ansagen.**